

---

**Vorsitz: Belarus****1018. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 20. Juli 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 10.55 Uhr

2. Vorsitz: D. Dovgalev

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum: Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/262/22 OSCE+), Russische Föderation (Annex) (FSC.DEL/261/22/Add.1), Tschechische Republik – Europäische Union (FSC.DEL/260/22), Kanada*

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

*Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02 (FSC.DEC/10/02): Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 27. Juli 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1018. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1024, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

trotz des heftigen antirussischen Widerstands, für den ganz Europa mobilisiert wurde, gehen die Streitkräfte der Russischen Föderation Seite an Seite mit den verbündeten Truppen der Volksrepublik Donezk (DNR) und der Volksrepublik Luhansk (LNR) weiterhin dynamisch an die Aufgabe heran, Frieden und Sicherheit im Donbass zu gewährleisten und die vom ukrainischen Hoheitsgebiet ausgehenden Bedrohungen für die Stabilität Russlands zu beseitigen. Unser Handeln beruht auf der Überzeugung, dass dies im Lichte der Geschichte das Richtige ist, auf dem entschlossenen Willen unserer Bürgerinnen und Bürger, die Souveränität der Russischen Föderation zu verteidigen, und auf dem klaren Bewusstsein der Notwendigkeit, der Bevölkerung des Donbass, die seit acht Jahren Verhandlungsmasse im geopolitischen Spiel der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Satellitenstaaten ist, zu helfen.

Die Agonie des kollektiven Westens angesichts der legitimen Schritte der Russischen Föderation zum Schutz ihrer nationalen Sicherheit ist völlig verständlich. Es handelt sich um den Anfang vom Ende der liberal-globalistischen und egoistischen Weltordnung amerikanischer Prägung, die auf plumpen Diktaten, Ultimaten, der eigenmächtigen Durchsetzung von Forderungen und der zügellosen Verhängung von Sanktionen unter Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen beruht, im Versuch, sich unabhängige Staaten untertan zu machen. Die Russische Föderation trägt gemeinsam mit ihren Verbündeten und gleichgesinnten Ländern zum Aufbau einer wahrhaft demokratischen Welt bei, die auf echter Souveränität und der Achtung der Rechte der Völker und Kulturen basiert.

Die Praxis, Staatsstrieche zu organisieren, um unliebsame Regierungen auf der ganzen Welt zu stürzen, ist ein atavistisches Überbleibsel der „regelbasierten Weltordnung“. John Bolton, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten und direkter Initiator einer Reihe blutiger Abenteuer, hat dies offen zugegeben und darauf hingewiesen, dass solche Aktionen „List und sorgfältige Planung“ erforderten. Das war bei der Ukraine der Fall. Die anhaltende Krise in diesem Land war das Ergebnis eines Staatsstreichs, der am 21. Februar 2014 von den Vereinigten Staaten aus orchestriert, finanziert und durchgeführt wurde und zur völligen Unterwerfung der ukrainischen Regierung gegenüber den Behörden

in Washington und zur bedingungslosen Umsetzung der von der anderen Seite des Atlantiks kommenden Befehle führte, – etwas, das es in der Welt noch nie gegeben hat.

Heute befindet sich ganz Europa auf Geheiß der Amerikaner in einem Krieg mit Russland, der von den Ukrainern angezettelt wurde. Die Regierung von US-Präsident Biden bestreitet eine direkte Beteiligung Washingtons an dem Konflikt; dennoch arbeiten in Kyjiw weiterhin CIA-Beamte, die für den Nachrichtendienst, die Lieferung von Waffen und die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten zuständig sind. Es tauchen immer mehr Beweise dafür auf, dass NATO-Ausbilder und -Späher mit westlichen Waffen die Aktionen der ukrainischen Streitkräfte beim Völkermord an der Zivilbevölkerung des Donbass steuern. Offensichtlich ist man im Kapitol sehr daran interessiert, die lange Liste der rund 200 Militäroperationen, die die Vereinigten Staaten in ihrer 240-jährigen Geschichte als Nation durchgeführt haben, zu erweitern.

In den führenden Medien der Welt heißt es bereits, Washington habe sich zu sehr auf geopolitische Spiele an den Grenzen Russlands eingelassen. Am 16. Juli dieses Jahres wurde im *The American Conservative* unmissverständlich erklärt, die Krise in der Ukraine sei die Schuld des Westens: „Wir Amerikaner haben eine führende Rolle in dem gespielt, was sich jetzt als ein zweiter Kalter Krieg abzeichnet, der gefährlicher ist als der erste. Im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts haben wir die NATO ... nach Mittel- und Osteuropa gedrängt, ... Georgien dazu angestachelt, Südossetien anzugreifen ... 2014 haben die Neokonservativen die Ukrainer angestiftet, den gewählten ... [Präsidenten] in Kyjiw zu stürzen. ... Im Jahr 2022 ersuchte Moskau die USA, zu garantieren, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen werde. Wir haben das abgelehnt. .... Können wir es den Russen verdenken, wenn sie den Eindruck haben, ihr Land werde vom Westen in die Ecke gedrängt?“ Zur gleichen Zeit sagte die deutsche Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen in einem Interview mit der *Global Times* am 17. Juli dieses Jahres: „Die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen an die Ukraine sowie die Ausbildung des ukrainischen Militärs erhöhen die Gefahr, dass der Krieg zum Dritten Weltkrieg eskaliert. Diese Sorge wird von zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung geteilt. ... Angeführt von den USA und dem Vereinigten Königreich setzt der Westen auf einen Stellvertreterkrieg und einen Zermürbungskrieg. Ziel ist es, Russland langfristig zu schwächen, und um dies zu erreichen, ist der Westen bereit, Zehntausende von Toten und grenzenloses Leid sowie die Zerstörung der Ukraine in Kauf zu nehmen.“ Zusammengefasst: Einige im Westen kommen langsam aus einer Welt der Illusionen zurück auf den Boden der Tatsachen.

Trotzdem haben die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten in dem Versuch, von ihren Kriegsverbrechen in der Ukraine abzulenken, der Russischen Föderation einen blindwütigen Krieg der Worte erklärt. Dieser folgt einer primitiven Logik: Je schärfer die Rhetorik und je weiter diese sich von jeglicher Diplomatie entfernt, desto besser. Es ist an der Zeit, die Dinge klar zu sehen. Worte können die Wahrheit nicht verschleiern. Und die Wahrheit sieht folgendermaßen aus.

Zunächst einmal heißt es immer, die Ukraine sei ein „unschuldiges Opfer“. Sie ist kein Opfer, sie ist ein Testgelände der NATO für militärische Experimente, einschließlich Biowaffenexperimente. Wir erinnern uns gut daran, wie die angelsächsischen Lehrmeister all die Jahre ukrainische Neonazis ausgebildet und bewaffnet haben. Es war keine Überraschung für uns, als NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, das Offensivbündnis bereite sich seit 2014 auf eine Konfrontation mit Russland vor. Wir haben die Botschaft des Vertreters

des US-Luftwaffenkommandos in Europa, Generalmajor Joel L. Carey, sehr wohl vernommen, wonach die NATO-Verbündeten den Konflikt in der Ukraine dazu nutzten, „die Taktiken der russischen Truppen zu studieren, um zu verstehen, wie sie das Hoheitsgebiet der NATO-Mitgliedsländer in Zukunft schützen können“. Nun, wie sollten wir darauf reagieren?

Unsere Brüder, das ukrainische Volk, wurden von der nationalistischen Junta in Kyjiw und ihren westlichen Handlangern in Geiselhaft genommen und einem tragischen Los anheimgegeben. Sie haben es auch auf die Bevölkerung der russischen Krim abgesehen. Wenn die Ukraine und die NATO-Länder glauben, dass die Krim nicht russisch sei, dann ist das eine systemische Bedrohung für uns, vor allem in einer Zeit, in der die ukrainische Regierung damit droht, US-amerikanische M142-HIMARS-Mehrfachraketenwerfer mit großer Reichweite gegen die Halbinsel einzusetzen. Innerhalb der Reichweite eines möglichen Angriffs mit diesem Raketensystem liegt nach unseren Erkenntnissen auch die Oblast Kursk in der Russischen Föderation, wo verstärkte Aktivitäten westlicher kommerzieller Aufklärungseinheiten verzeichnet wurden. In diesem Zusammenhang warnen wir die westlichen Hintermänner der Regierung in Kyjiw erneut vor unüberlegten Provokationen, die zu einer noch stärkeren Eskalation der Situation führen könnten. Wir erinnern an die Worte des russischen Präsidenten Wladimir Putin, wonach „wir im Großen und Ganzen noch gar nicht ernsthaft angefangen haben“. Wir wiederholen: Alle Bedrohungen für die Sicherheit unseres Landes, die vom Hoheitsgebiet der Ukraine ausgehen, werden im Rahmen der Selbstverteidigung nach der Charta der Vereinten Nationen auf die eine oder andere Weise beseitigt werden.

Zweitens haben unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) ohne jeden Beleg behauptet, die russische Armee beschieße die Zivilbevölkerung und wende die „archaische Taktik, Städten zu belagern“ an. Gestatten Sie mir, ihnen zu widersprechen: Das ist nicht unsere, sondern Ihre „demokratische“ Kriegstaktik, wie sie gegen die Bevölkerung von Dresden, Hiroshima und – in jüngerer Vergangenheit – Belgrad und Mosul angewandt wurde. Im Rahmen der Entmilitarisierung der Ukraine führt unser Militär ausschließlich Angriffe auf militärische Ziele durch, wie das russische Verteidigungsministerium täglich ausführlich berichtet.

Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen: Am 14. Juli führten die russischen Luft- und Weltraumkräfte einen Raketenangriff auf das „Haus der Offiziere“ in der Stadt Winnyzja durch, das zu einer Truppenunterkunft umfunktioniert worden war. Hochpräzise seegestützte Kalibr-Lenkflugkörper trafen zwei Flügel des Gebäudes, was auf den Bildern aus verschiedenen Blickwinkeln deutlich zu erkennen ist. Zu diesem Zeitpunkt fand in dem Garnisonsgebäude eine Sitzung statt, an der ausländische Waffenlieferanten und hochrangige Vertreter der ukrainischen Streitkräfte teilnahmen. Sie besprachen die Übergabe der nächsten Lieferung von Flugzeugen und Waffen an Kyjiw sowie die Organisation von Reparaturen an der ukrainischen Luftfahrzeugflotte. Die Teilnehmer des Treffens wurden wie legitime militärische Ziele ausgeschaltet.

Wie vorhersehbar, beeilte sich das Regime in Kyjiw, unsere Streitkräfte zu beschuldigen, ein medizinisches Zentrum und eine Entbindungsklinik in Winnyzja beschossen zu haben. Um es klarzustellen: Zwei der drei Marschflugkörper trafen genau ihr Ziel, das „Haus der Offiziere“. Ein Flugkörper wurde vom ukrainischen Flugabwehrsystem in extrem niedriger Höhe teilweise zerstört und stürzte dann in mehreren Teilen auf das Stadtzentrum. Die Entscheidung, die Raketen abzuschießen, wurde vom Generalstab der ukrainischen

Streitkräfte im vollen Bewusstsein der Konsequenzen getroffen. Die Inversionsspur der Abfangraketen der ukrainischen Streitkräfte wurde aufgezeichnet, und es liegen genaue objektive Kontrolldaten vor. In diesem Video, das in den ersten Minuten nach der Explosion aufgenommen wurde, ist zu sehen, wie hastig das ukrainische Militär die Einschlagselemente und Fragmente der ukrainischen Flugabwehrrakete einsammelt. Zahlreiche andere Videos und Fotos vom Schauplatz der Ereignisse zeigen eindeutig eine große Anzahl von Personen in Militäruniformen mit Sturmgewehren. Dies widerlegt die ukrainische Behauptung, das Haus der Offiziere sei als zivile Einrichtung genutzt worden. Der furchtbare Tod von Zivilpersonen, unter denen sich tragischerweise auch Kinder befinden, ist das Ergebnis des unverantwortlichen Handelns der ukrainischen Regierung, die aus einer „blutigen PR-Aktion“ Kapital schlägt. Und das nicht zum ersten Mal.

Wir hätten da noch eine Frage: Wer hat den ukrainischen Streitkräften und den ukrainischen Neonazis denn überhaupt beigebracht, wie man Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde nutzt? Waren es denn nicht etwa ihre NATO-Ausbilder, die sie jahrelang unter Verwendung des *Kill-House-Simulators* auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw im Orts- und Häuserkampf geschult haben? Wer hat empfohlen, potenzielle militärische Ziele mitten in Städten zu positionieren? Warum wird die Zivilbevölkerung in Gefahr gebracht, indem Waffen- und Munitionsdepots in der Nähe von Einrichtungen der zivilen Infrastruktur eingerichtet werden? In Soledar, Charkiw, Odessa und Slowjansk richten die ukrainischen Streitkräfte auf dem Gelände von Schulen, Wohngebäuden und Kinderheimen Feuerstellungen ein, wobei die Menschen mit Gewalt dort festgehalten werden. Verstehen wir das richtig, dass dies den Normen der „zivilisierten“ westlichen Staatengemeinschaft entspricht? Schlagen Sie auf Wikipedia nach, was das Wort „Untermensch“ bedeutet. In diese Kategorie wurden die Russinnen und Russen und die Ukrainerinnen und Ukrainer einst von den Europäern eingeordnet. Wir haben nichts vergessen.

Drittens nehmen sich die westlichen Teilnehmerstaaten im FSK aus unerfindlichen Gründen das Recht heraus, andere darüber zu belehren, wie sie ihre politisch-militärischen Verpflichtungen zu erfüllen haben. Zugleich sehen sie, wie es in der Bibel heißt, den Balken im eigenen Auge nicht. Unter Verletzung der Grundsätze einer verantwortungsvollen Ausfuhrkontrollpolitik, des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen sowie der OSZE-Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen haben sie der Ukraine durch die Lieferung von Tonnen an militärischen Gütern acht Jahre lang „geholfen“, im Donbass Zivilistinnen und Zivilisten zu töten. Es besteht nicht bloß die Gefahr, dass diese Güter in die Hände von Terroristinnen und Terroristen außerhalb der Ukraine gelangen – sie werden schon jetzt zu terroristischen Zwecken eingesetzt. Um im Donbass maximale zivile Verluste zu verursachen, werden heute in kurzen Zeitintervallen Angriffe mit Mehrfachraketenwerfern aus US-amerikanischer Produktion zusammen mit ähnlichen Systemen sowjetischer Bauart verübt. Das ist Terror in Reinkultur. Seit Mitte Februar wurden durch intensiven Artilleriebeschuss, insbesondere mit westlichem militärischen Gerät, in der DNR allein mehr als 5 500 Wohngebäude zerstört und 258 Bürgerinnen und Bürger getötet, darunter 16 Kinder. Ihr Blut klebt auch an Ihren Händen.

Die russischen Militärangehörigen tun zusammen mit den Kräften der DNR und der LNR ihr Möglichstes, um dem zynischen Artilleriebeschuss auf friedliche Wohngebiete im Donbass Einhalt zu gebieten. Letzte Woche wurden ein Lager mit von Großbritannien gelieferten Harpoon-Antischiffsraketen sowie ein Zug von M777-Haubitzen aus US-amerikanischer Produktion zerstört. Ein HIMARS-Mehrfachraketenwerfer wurde außer

Gefecht gesetzt. Die Nationalisten haben schwere Verluste erlitten: Allein in Mykolajiw, Charkiw und im Raum Siwersk wurden 1 000 Kämpferinnen und Kämpfer und ausländische Söldnerinnen und Söldner ausgeschaltet. Auf Anweisung des russischen Verteidigungsministers, Armeegeneral Sergei Schoigu wird der Schwerpunkt künftig auf der Zerstörung der feindlichen Langstreckenraketen- und Artilleriesysteme mit Hochpräzisionswaffen liegen.

Im Übrigen reden uns die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten seit drei Monaten ein, die russische Armee sei völlig ineffektiv und schlecht ausgerüstet. Wir werden heute keine Zeit darauf verschwenden, sie eines Besseren zu belehren. Sehen Sie sich doch einfach die Entwicklung der Lage vor Ort an. Vielleicht bringt Sie das dazu, damit aufzuhören, die Bürgerinnen und Bürger der Länder der Europäischen Union und der NATO in die Irre zu führen, die sich als „Glücksritter“ aufmachen, um auf Seite der ukrainischen Regierung zu kämpfen, nur um dann ein böses Erwachen zu erleben. Ihr Schicksal ist besiegelt: Sie werden so zu legitimen militärischen Zielen.

Viertens haben wir in diesem Saal auch die Lüge gehört, dass „kein einziges ukrainisches Artilleriegeschoss das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation getroffen hat“. Wir begreifen den Wunsch unserer westlichen Kolleginnen und Kollegen, ihre Protégés reinzuwaschen. Doch das wird nicht funktionieren. Ich möchte Ihnen vorschlagen, einmal mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Regionen Kursk, Belgorod und Rostow und mit den Familien der Grenzsoldaten zu sprechen, die die Folgen der Angriffe und Terroranschläge, die das Regime in Kyjiw gegen unser Land und unsere Zivilbevölkerung seit 2014 verübt, am eigenen Leib erlebt haben. In den letzten Monaten hat es rund fünfzig solcher Vorfälle gegeben, darunter Artilleriebeschuss, Angriffe mit unbemannten Luftfahrzeugen (UAV), Angriffe auf Grenzkontrollposten und das Niederbrennen eines Öldepots. Allein am 15. Juli führten 25 Einfälle der ukrainischen Seite in das Dorf Dronowka in der Region Kursk zu Schäden an einer Schule, an einem medizinischen Zentrum, am Sitz der Dorfverwaltung und an Stromleitungen.

Dabei handelt es sich mitnichten um inszenierte „Blutbäder“ im Stil von Butscha, Kramatorsk und Kremenschuk, wie sie das Regime in Kyjiw mit Unterstützung seiner westlichen Hintermänner am laufenden Bande produziert, um Russland zu verteufeln und noch mehr Waffen zu fordern, um diese an Zivilistinnen und Zivilisten zu „testen“. Aber nach Dronowka werden die europäischen Spitzenpolitikerinnen und -politiker und die westlichen Diplomatinen und Diplomaten wohl nicht pilgern – denn das ist natürlich, wohlgerne, etwas völlig anderes.

Unsere Streitkräfte beabsichtigen, auf die eine oder andere Weise feindliche UAV über den Gebieten an der Grenze zu Russland wirksamer zu zerstören, um möglichen Provokationen ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben. Dies gilt auch für die Orte, die von den Nationalisten befreit wurden.

Fünftens ist da das Gerede der westlichen Teilnehmerstaaten über eine vermeintliche Instrumentalisierung des Problems der Ernährungssicherheit. Zunächst ist festzuhalten, dass die Menge des Getreides, das in ukrainischen Häfen blockiert ist, weniger als 1 Prozent der weltweiten Produktionsmenge ausmacht. Das hat also keine wirklichen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit. Nichtsdestoweniger haben wir vor einigen Monaten humanitäre Korridore aus ukrainischen Häfen eröffnet, die aber nach wie vor nicht genutzt werden. Wir haben die westlichen Teilnehmerstaaten aufgefordert, die ukrainische Regierung zu zwingen,

die Schwarzmeerhäfen zu entminen und Schiffen die Durchfahrt durch ukrainische Hoheitsgewässer zu gestatten. Stattdessen: antirussische Hysterie. Doch wie üblich übersehen unsere Kolleginnen und Kollegen, dass die ukrainischen Nazis zusammen mit Kämpfern nationalistischer Bataillone in Saporischschja, Mykolajiw, Charkiw und Cherson mit Hubschraubern und Artillerie ganz gezielt Getreidefelder in Brand setzen – wahrlich ein Beitrag zur internationalen Ernährungssicherheit.

Am 13. Juli hat unser Land im Zuge der Vier-Parteien-Gespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Vereinten Nationen, Russlands, Turkiyes und der Ukraine in Istanbul Maßnahmen zur Gewährleistung von Lebensmitteltransporten in fremde Länder vorgeschlagen, die zugleich sicherstellen würden, dass diese Logistikketten nicht zur Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an Kyjiw genutzt würden. Die Arbeit am Schlussdokument der Schwarzmeerinitiative geht weiter.

Herr Vorsitzender,

gegen Ende dieser Verhandlungsrunde konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten den eigentlichen Zweck des Forums vergessen haben und zu sehr mit politischen Spielchen beschäftigt waren. Ihr Verhalten entspricht bisher ganz der Logik hinter dem Aufruf der Außenministerin am Ufer der Themse: „Die NATO sollte die russische Rhetorik betreffend Vergeltungsmaßnahmen gegen die Erweiterung des Bündnisses und die Waffenlieferungen an die Ukraine ignorieren und Kyjiw weiterhin militärische Unterstützung bieten.“ Nun, solange Sie so weitermachen, wird das von den Vereinigten Staaten zur antirussischen Front aufgebaute Europa weiterhin am meisten unter den antirussischen Sanktionen zu leiden haben, seine Waffenarsenale ausdünnen und teures US-amerikanisches Flüssigerdgas kaufen. Wir werden uns an diesem Spektakel nicht beteiligen. Und falls die russisch-ukrainischen Gespräche, die auf Betreiben der angelsächsischen Hintermänner der ukrainischen Regierung unterbrochen wurden, wieder aufgenommen werden, dann unter völlig anderen Bedingungen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.